

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.04.2026
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	19:43 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Wolfgang Dutsch CDU

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU

Torben Wunderlich CDU

Ursula Lauenstein CDU

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Gerrit Baars SPD

Lars-Arne Klintworth SPD

Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Emma Drewke Jugendbeirat

Leo Merlin Tschamper Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Uwe Schiemann Seniorenbeirat Vertretung für: Sabine Semprich

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung

Karl-Heinz Grass

Katrin Matthies Protokollführung

Abwesend

Seniorenbeirat

Sabine Semprich Seniorenbeirat entschuldigt

Gäste:

zu TOP 4:	Herr Thomsen	Stadtsparkasse Wedel
	Herr Grasshoff	Stadtsparkasse Wedel
	Herr Hansen	Stadtsparkasse Wedel
	Herr Feldsien	Architekt

10 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Ratsfrau Süß

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2026
- 4 Präsentation Neubauprojekt Bahnhofstraße 18a
- 5 Bebauungsplan Nr. 82 „Gewerbegebiet Kronskamp - Rissener Straße“, 2. Änderung „Lidl“
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung BV/2026/024
- 6 Informationen zum Schleswig-Holsteinischen Wohnraumschutzgesetz MV/2026/021
- 7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 7.1 Bericht der Verwaltung
- 7.1.1 aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 MV/2026/019
- 7.1.2 Stadthafen Wedel: Mündlicher Sachstandbericht
- 7.1.3 Weitere Berichte
- 7.2 Anfragen der Politik

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2026
- 9 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Bericht der Verwaltung
- 9.2 Anfragen der Politik

Öffentlicher Teil

- 10 Unterrichtung der Öffentlichkeit
- 

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2026

Fristgerecht eingereichte Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor (*Anmerkung der Verwaltung: Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat am Sitzungstag darauf aufmerksam gemacht, dass bei TOP 4 die korrekte Bezeichnung „Arbeitskreis gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit“ lautet*).

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4 Präsentation Neubauprojekt Bahnhofstraße 18a


Der Vorsitzende begrüßt die Gäste zu diesem Tagesordnungspunkt und erinnert daran, dass der Planungsausschuss sich bereits vor längerer Zeit mit einem Bauprojekt an dieser Stelle beschäftigt hat.

Herr Feldsien stellt das geplante Vorhaben anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt. Bereits vor 3 ½ Jahren wurde das Projekt in veränderter Form im Planungsausschuss vorgestellt, damals noch unter anderer Bauträgerschaft. Der neue Grundstückseigentümer hat beschlossen, angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt und bei den Baukosten die Planung zu überarbeiten. Vorgesehen sind nun eine größere Grundfläche (hauptsächlich durch die Grenzbebauung verursacht) mit einer Erhöhung der GRZ von 0,46 auf 0,5, ein veränderter Wohnungsmix und andere Wohnungsgrößen, was zu einer Erhöhung der Anzahl der Wohneinheiten von 35 auf 51 führt, Dachbegrünung, verringerte Tiefgaragenstellplätze (jetzt 30, vorher 33). Die SPD-Fraktion fragt nach der Anzahl der Quadratmeter in dem Projekt und ob geförderter Wohnraum realisiert werden wird.

Herr Feldsien erläutert, dass es sich insgesamt um 3.600qm Wohnfläche und 260qm Nutzfläche handelt. Geförderten Wohnraum möchte der Bauherr nicht herstellen, hauptsächlich wegen der momentanen ungünstigen Förderrichtlinien und der geringen Verfügbarkeit von Fördermitteln.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sieht, dass viele Punkte, die damals dazu geführt haben, dass die Fraktion dem Einvernehmen nicht zugestimmt hat, noch unverändert sind, z.B. kein geförderter Wohnraum, Tiefgarage trotz zentraler Lage und keine Aussage zum Erhalt der Platanen.

Herr Feldsien kann zu den Platanen gerade keine gesicherte Aussage treffen, das Gebäude habe sich in seiner Struktur jedoch nur marginal verändert, daher habe sich an deren Situation eigentlich nichts verändert.



Frau Broekhuis bestätigt, dass die Platanen durch die Baumschutzsatzung der Stadt Wedel geschützt sind, daher werde es vermutlich keinen Konflikt geben, diese zu erhalten.

Die WSI-Fraktion ist irritiert, dass kein geförderter Wohnraum vorgesehen wird. Es gebe einen gültigen Grundsatzbeschluss des Rates, daher werde die Fraktion dem Vorhaben in dieser Form nicht zustimmen. Es wird um Auskunft gebeten, inwieweit das Infrastrukturfolgekostenkonzept Anwendung findet.

Frau Broekhuis erläutert, dass für dieses Grundstück ein gültiger Bauvorbescheid auf Grundlage des Einfügegebots nach § 34 BauGB für ein Bauvorhaben mit 3 Vollgeschossen plus Staffel vorliegt. Der vorherige Vorhabenträger hatte freiwillig angeboten, geförderten Wohnraum herzustellen, es wäre nicht zu fordern gewesen. Die jetzt vorgestellte Planung mit einem Vollgeschoss mehr fügt sich das neue Gebäude nicht ein, es kann jedoch über die Zustimmung der Gemeinde nach dem Bauturbo genehmigt werden. Insofern sieht die Verwaltung dies als Gelegenheit, über diesem ersten Fall mit dem Planungsausschuss unter Anwendung den bereits beratenen Leitlinien ins Gespräch zu kommen. Sie bestätigt, dass der Bauherr sich zur Zahlung des Infrastrukturfolgekostenbeitrags bekannt hat, hierüber würde ein entsprechender städtebaulicher Vertrag geschlossen werden. Allerdings falle die Zahlung nur für das zusätzliche Vollgeschoss an. Geförderter Wohnraum werde nicht umgesetzt, da das zusätzliche Geschoss unter 1.500 qm liege. Noch wurde kein Bauantrag eingereicht, heute werde lediglich das Projekt vorgestellt.

Die SPD-Fraktion merkt an, dass im gesamten Projekt über 3.000 qm Wohnraum entstünden, somit die notwendigen 1.500 qm deutlich überschritten werden.

Frau Broekhuis weist darauf hin, dass der Bauherr bereits Baurecht für ein Gebäude mit 3 Geschossen und Staffel hat, es sich somit nur um das zusätzliche Geschoss (unter 1.500 qm) handelt, für das eine entsprechende Forderung in Frage käme, so sehen es die Leitlinien vor.

Die SPD-Fraktion sieht diese Betrachtung kritisch und wird das Thema in der Fraktion beraten.

Herr Thomsen bekräftigt, dass gemäß Bauvorbescheid 3 Geschosse plus Staffel gebaut werden könnten, in dieser zentralen Lage jedoch mehr Wohnraum in Form eines zusätzlichen Geschosses wünschenswert wäre. Die Sparkasse setze gerne geförderten Wohnraum um, sofern dies sinnvoll sei, das habe man mit dem Projekt an der Doppeleiche bewiesen, wo man mehr geförderte Wohnungen als gefordert realisieren werde. Momentan seien die Förderrichtlinien jedoch so ungünstig (wenig Fördermittel, kein Fahrstuhl zulässig, durchgehende Putzfassade, einfachste Bauweise), dass man hiervon keinen Gebrauch machen möchte. Sollte deshalb eine Zustimmung nach dem Bauturbo nicht erteilt werden, werde man gemäß dem wirksamen Vorbescheid bauen.

Herr Grasshoff ergänzt, dass in diesem Projekt nicht die Immobiliengesellschaft, sondern die Stadtsparkasse als Bauherr handeln wird. Ein kleiner Teil der Wohnungen soll veräußert werden, die restlichen Wohnungen werden vermietet. Im Übrigen würde man mit der Planung ohne geförderten Wohnraum und mit Zahlung der Infrastrukturkostenabgabe den geplanten Leitlinien der Stadt zum Bauturbo folgen.

Die Bürgermeisterin würde die Verdichtung und die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum an dieser zentralen Stelle der Stadt begrüßen, gerade auch für Senioren wäre die Lage attraktiv.

Die SPD-Fraktion bittet um eine schriftliche Stellungnahme der Stadtsparkasse, damit die Fraktionen auf Grundlage aller Informationen das Projekt beraten können.

Die FDP-Fraktion fragt, ob sich schon absehen lässt wie die Mietpreise sein werden, wenn die Wohnungen freifinanziert hergestellt werden.

Herr Grasshoff erläutert, dass in diesem frühen Stadium noch keine detaillierte Kostenschätzung vorliegt. Erst wenn diese vorliegt, kann unter Einrechnung einer entsprechenden Rendite eine ungefähre Aussage zu zukünftigen Mietpreisen gemacht werden.

Die CDU-Fraktion stimmt der Aussage der Bürgermeisterin zu und befürwortet das Projekt, gerade nach den erläuternden Worten zu dem geförderten Wohnraum und der Infrastrukturfolgekostenabgabe. Das Projekt wird als Win-Win gesehen, um den Wohnungsmarkt zu entspannen, da es sich um eine hervorragende Lage handelt, die nicht nur für weniger mo-

bile Menschen attraktiv sein wird. Es könnte auch dazu motivieren, zu groß gewordene Häuser zu Gunsten der zentralen Lage aufzugeben, was jungen Familien zu Gute käme. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt, wie groß die Wohnungen ungefähr sein werden und ob es bereits Informationen zur zukünftigen Nutzung der Gewerbefläche gibt. Zudem gäbe es nicht nur Hausbesitzer in Wedel, die als Zielklientel in Frage kämen. Man frage sich, welche Zielgruppe angesprochen werden soll, für das Projekt an der Doppeleiche scheine die Werbung eher auf Hamburger ausgerichtet zu sein.

Herr Thomsen berichtet, dass der Wohnungsmix sich zwischen 2- und 4-Zimmer-Wohnungen bewegen wird, mit Grundrissen von 41 qm bis 90 qm. Für die Gewerbefläche sei es noch zu früh für seriöse Gespräche mit Interessenten, man müsse zumindest den Baubescheid abwarten. Durch die Verkleinerung gegenüber der ursprünglichen Planung von 460 qm auf 260 qm erwarte man jedoch keine Schwierigkeiten bei der Vermarktung. Die bisherigen Bauprojekte der Stadtparkasse haben vorrangig als Zielgruppe Wedeler gehabt, die ihre Wohnsituation verändern möchten. Die Berater der Sparkasse kennen die Lebenssituation ihrer Kunden und beraten entsprechend, die Sparkasse hilft bei der Finanzierung. Die Bauvorhaben der Stadtparkasse sind in Wedel weitestgehend bekannt, daher richtet sich die Social Media Kampagne für das Projekt Doppeleiche tatsächlich eher an das Hamburger Umland.

Die FDP-Fraktion findet das Projekt sehr interessant für Wedel, erinnert jedoch daran, dass eventuell dort einziehende Kinder auch beschult werden müssen, die Altstadtschule jedoch räumlich am Limit sei. Zudem wäre interessant zu erfahren, was die Anwendung des Bauturbo terminlich bedeuten würde.

Herr Thomsen berichtet, dass - sofern die Baugenehmigung rechtzeitig erteilt wird - mit einem Baubeginn im Sommer 2027 geplant wird, da zu diesem Zeitpunkt die noch existierenden Mietverträge auslaufen.

Der Vorsitzende dankt den Gästen für die Erläuterungen. Zusammenfassend stelle sich das Projekt wie folgt dar: gegenüber der bisherigen Planung verkleinerte Gewerbefläche zugunsten der Wohnfläche, ein Vollgeschoss mehr (vier Vollgeschosse plus Staffel), dadurch zusätzliche Wohnungen. Es werde die Infrastrukturfolgekostenabgabe für das zusätzliche Geschoss gezahlt, jedoch kein geförderter Wohnraum realisiert. Es wäre eine Baugenehmigung nach dem Bauturbo möglich, sofern die Gremien zustimmen. Sollte abgelehnt werden, wird das Vorhaben voraussichtlich auf Grundlage des gültigen Vorbescheides mit 3 Geschossen plus Staffel realisiert. Es wird in der kommenden Sitzung um Rückmeldung aus den Fraktionen gebeten.

5 Bebauungsplan Nr. 82 „Gewerbegebiet Krons-kamp - Rissener Straße“, 2. Änderung „Lidl“

BV/2026/024

hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Die SPD-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen, bittet jedoch um Prüfung, ob trotz der Lage im Gewerbegebiet durch Aufstockung zusätzlich Wohnungen oder Arztpraxen entstehen könnten.

Die CDU-Fraktion wird ebenfalls zustimmen und findet die Idee der zusätzlichen Aufstockung gut.

Frau Broekhuis erläutert, dass Wohnen im Gewerbegebiet nicht verträglich ist. Der Vorschlag von Arztpraxen oder anderem Gewerbe kann gerne in die Gespräche mit dem Investor mitgenommen werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erinnert an ihre umfangreiche Stellungnahme und würde begrüßen, wenn daraus einiges bei der weiteren Planung berücksichtigt wird.

Der Vorsitzende verliert den Beschlussvorschlag.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

- a. die 2. Änderung „Lidl“ des Bebauungsplans Nr. 82 „Gewerbegebiet Krons Kamp - Rissener Straße“ aufzustellen und den Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB durchzuführen.
- b. die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB.

Der Geltungsbereich der 2. Änderung „Lidl“ des Bebauungsplans Nr. 82 „Gewerbegebiet Krons Kamp - Rissener Straße“ beinhaltet eine ca. 9.600 m² große Fläche an der Rissener Straße 112-114. Der aktuell auf der Fläche bestehende Discounter soll durch einen Neubau mit einer größeren Verkaufsfläche ersetzt werden. Die zu überplanende Fläche besteht aus den Flurstücken 65/1 (zum Teil), 28/83 (zum Teil), 28/91 (vollständig) und 28/92 (vollständig) aus Flur 11, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches ist zudem dem in der Anlage 1 beigefügten Plan zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

6 Informationen zum Schleswig-Holsteinischen Wohnraum-schutzgesetz

MV/2026/021

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dankt für die umfangreichen Informationen. Es wird gesehen, dass in Wedel nur ein moderater Leerstand vorhanden ist und im Gegensatz dazu eine Leerstandssatzung viel personelle Ressourcen erfordern würde, daher wird dieser Gedanke nicht weiterverfolgt. Die gelieferten Zahlen seien jedoch hinsichtlich Wedels Wachstumsgeschwindigkeit interessant, man sollte dies für die Zukunft mit der notwendigen Bautätigkeit abgleichen. Wenn sich die Zahl der wohnungssuchenden Haushalte konstant zwischen 400 und 600 bewege, dann könne vielleicht nicht dagegen angebaut werden. Frau Broekhuis bittet darum, die Juni-Sitzung des Rates abzuwarten, da dort die kleinteilige Bevölkerungsprognose des Kreises vorgestellt werden soll.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass für die stagnierende Zahl der wohnungssuchenden Haushalte vielleicht auch ein gewisser Anteil an Fehlbelegungen und schlicht nicht passender Wohnungen verantwortlich ist.

Die SPD-Fraktion findet es gewagt, aus den Zahlen abzuleiten, dass die Bautätigkeit nicht gesteigert werden müsse und man womöglich die Anwendung des Bauturbos nicht nötig sei. Fehlender Wohnraum sei ein großes soziales Problem, das zur Spaltung der Gesellschaft führen könne. Die stagnierende Zahl an Suchenden kann auch durch Zuzüge verursacht sein, die jedoch auch notwendig für die Stadt seien.

Die FDP-Fraktion zeigt sich eher angesichts des angegebenen durchschnittlichen Mietprei-

ses von 8,92 Euro verwundert, da derzeit eher Mietpreise ab 12 Euro aufwärts bei der Wohnungssuche als bezahlbar gelten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte nicht grundsätzlich darauf hinaus, dass man sich nicht mit dem Bauturbo beschäftigen solle, jedoch sollte man die Bautätigkeit dem tatsächlichen Wachstum der Stadt anpassen. Auch die Konsequenzen angesichts der Situation an den Wedeler Schulen müsse bedacht werden.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass Wedel sich in der Metropolregion Hamburg befindet und die Wohnungsmarktsituation die gesamte Region betrifft. Wedel sei vom Land Schleswig-Holstein als Gebiet mit angespanntem Wohnungsmarkt identifiziert worden, daran habe sich nichts geändert. Wohnungsbau werde weiterhin benötigt, denn nur ein größeres Angebot könne steigenden Mietpreisen entgegenwirken. Zumal die genannte Durchschnittsmiete von 8,92 Euro pro Quadratmeter ja auch die Bestandsmieter beinhalte, die seit 20 - 30 Jahren in der Wohnung leben. Wedel könne sich der Entwicklung in der Metropolregion nicht entziehen.

Die WSI-Fraktion findet schon, dass über den erforderlichen Umfang der Bautätigkeit nachgedacht werden muss, denn die Stadt werde von den Bürgerinnen und Bürgern getragen. Man dürfe die Stadt und ihre Infrastruktur nicht weiter überlasten, zumal man weder gegen den Zuzug anbauen könne, noch dadurch eine Mietsenkung erreichen werde. In Hamburg gebe es bezahlbaren Wohnraum bei den Genossenschaften, in Wedel nur in eingeschränktem Maße. Über den freifinanzierten Wohnungsbau sei dieser nicht herstellbar, was bedeutet, dass nur Menschen mit höherem Einkommen sich die Wohnungen leisten können. Nun könne man sagen, dann ziehen eben nur diese Menschen nach Wedel, aber das könne nicht gewollt sein; auch im mittleren Segment müsse man etwas für Leute tun, die hart arbeiten und sich Wohnraum leisten wollen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt, ob man auch ohne Leerstandssatzung an der Quote von 2% als Stadt etwas ändern könne.

Frau Broekhuis erwidert, dass der Aufwand im Vergleich zum erwarteten Nutzen zu groß sei. Es müssten die Eigentümer ermittelt und kontaktiert werden, was in den meisten Fällen jedoch vergebliche Mühe sei. Schließlich habe sich gezeigt, dass der größte Teil des Leerstands nur vorübergehend sei, bedingt durch Eigentümerwechsel oder Renovierungen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

7.1 Bericht der Verwaltung

7.1.1 aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028

MV/2026/019

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.1.2 Stadthafen Wedel: Mündlicher Sachstandbericht

Frau Broekhuis erinnert an den Tag der Städtebauförderung am Samstag, den 09. Mai 2026. Die Einladung werde in Kürze versandt, Beginn sei um 11 Uhr. Zudem berichtet sie von der eingeworbenen Förderung für die Möblierung des Hafenmeisterhauses, geplant ist eine multifunktionale Ausstattung.

7.1.3 Weitere Berichte

Es gibt keine weiteren Berichte.



7.2 Anfragen der Politik

Die SPD-Fraktion fragt, was für die Implementierung eines Mietspiegels für Wedel getan werden müsse und ob dies überhaupt möglich sei.

Herr Grass erläutert, dass ein Mietspiegel erst ab 50.000 Einwohnenden verpflichtend sei, die Frage wird mitgenommen und geprüft.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen merkt an, dass so ein Mietspiegel auch ungewollt zu höheren Mieten führen kann, wenn sich Eigentümer*innen dann daran bei einer Neuvermietung nach oben orientieren.

Die WSI-Fraktion erinnert daran, dass das Infrastrukturfolgekostenkonzept alle fünf Jahre überarbeitet werden muss. Man sollte sich frühzeitig damit beschäftigen, angesichts der hohen Baukosten wäre es fatal, wenn diese für neue Baugebiete nicht berücksichtigt werden können. Spätestens im Jahr 2027 sollte die Überarbeitung beschlossen werden.

Die CDU-Fraktion meint, dass es eher eine Empfehlung als eine Verpflichtung ist, das Konzept turnusmäßig anzuschauen und gegebenenfalls anzupassen.

DIE WSI-Fraktion bekräftigt, dass die damals angenommenen Projekte und die Baukostenentwicklung überprüft und fortgeschrieben werden müssen. Vom Gutachter wurde damals erläutert, dass dies für die Rechtssicherheit wichtig ist, eine Evaluierung sei nicht ausreichend.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt, wie eng die Zweckbindung der eingenommenen Mittel aus der Infrastrukturabgabe sei und ob es z.B. immer ein Neu- oder Anbau sein müsse oder auch Container darunterfallen.

Frau Broekhuis erläutert, dass die Mittel nur für die dauerhafte Neuschaffung von neuen zusätzlichen Plätzen eingesetzt werden können, in der Bauweise sei man jedoch relativ frei.

Die CDU-Fraktion fragt nach einem sicheren Übergang des Moorwegs für die Schulkinder und welcher Ausschuss dafür zuständig sei.

Frau Broekhuis verweist auf die Neubesetzung der Stelle Nachhaltigkeitsmanagement, in deren Zuständigkeit auch der Bereich Mobilität fällt. Hier soll das Thema Schulwegsicherheit angeschaut werden, die Zuständigkeit wird dann ebenfalls in diesem Zuge geklärt.

Die WSI-Fraktion dankt für die zugesandten Informationen über die verschiedenen Wohnformen. Man müsse als Planungsausschuss überlegen, ob man in einer der nächsten Sitzungen diskutieren wolle, welche Art von Wohnraum in Wedel notwendig sei, wo sei der größte Bedarf.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist auf einen Antrag des Seniorenbeirates im Sozialausschuss hin, es gebe immer wieder Impulse für gemeinschaftliche Wohnformen im Alter.

Herr Grass stimmt der WSI-Fraktion zu, dass die neuen Wohnformen mal im Planungsausschuss besprochen werden sollten. Die Verwaltung spricht bei den Investoren solche Themen immer an, besser noch wäre jedoch eine zwischen Politik und Verwaltung abgestimmte Linie, was die Stadt den Investoren in solchen Gesprächen mitgeben soll, welche Wohnformen auch von der Politik gewünscht werden. Mit dieser Rückendeckung könnte die Stadt- und Landschaftsplanung dann in zukünftigen Gesprächen den Investoren konkreter mit auf den Weg geben, was der Planungsausschuss sich wünscht, z.B. Clusterwohnraum. Die Verwaltung könnte einen Aufschlag machen, was man für Wedel empfehlen würde und dies dann im Planungsausschuss auf die Tagesordnung bringen.

Der Vorsitzende unterstützt diesen Vorschlag.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

10 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Dutsch

Wolfgang Dutsch

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

